



Karl von Winckler

Grundprobleme der Bildungspolitik

Wl. — Dr. Karl von Winckler hat als Präsident der Gießener Hochschulgesellschaft auf der 50-Jahr-Feier vom Standpunkt der Wirtschaft zur Bildungspolitik in der Bundesrepublik Deutschland Stellung genommen. Die stark beachtete Ansprache besitzt den seltenen Vorzug der Kürze und Konzentration auf die entscheidenden Probleme.

Das große Interesse, das unsere heutige Veranstaltung bei diesem großen Kreis prominenter Gäste gefunden hat, nimmt nicht wunder. Alles, was mit Wissenschafts- und Hochschulpolitik zu tun hat, stößt heute auf eine rege Teilnahme in der Öffentlichkeit. Man kann vielleicht sagen, daß die Probleme der Bildungspolitik heute die Rolle spielen wie Ende vorigen Jahrhunderts die der Sozialpolitik. Deshalb sollte man die heutige Festversammlung nicht zuletzt im Rahmen der bildungs- und hochschulpolitischen Probleme der Gegenwart betrachten.

Aufgaben der GHG

Aufgabe der Gießener Hochschulgesellschaft war es seit jeher, Kontakte zwischen der Universität und der interessierten Öffentlichkeit zu schaffen und der Hochschule nach Kräften auch finanziell zu helfen. Mit dieser Aufgabenstellung stehen wir nicht nur mitten in einem der aktuellsten Problemkreise der Gegenwart, nämlich der Forderung nach einer Verbesserung der Einrichtungen für Forschung und Lehre; wir arbeiten damit auch in einer Richtung, die kürzlich

Professor Hennis (Freiburg) in einer vielbeachteten Rede in der Frankfurter Gesellschaft für Handel, Industrie und Wirtschaft zur Lösung der schwierigen Probleme der deutschen Universitäten gewiesen hat: Er erblickt sie in einer Öffnung der Universität zur Gesellschaft hin, der sie zu dienen hat. Eben dieser Aufgabe widmen wir uns.

Als Mann der Wirtschaft liegt es mir nahe, bei allen politischen Notwendigkeiten und Forderungen die reale Wirklichkeit und die bestehenden Möglichkeiten nicht aus den Augen zu verlieren. Im Vergleich mit dem Ausland liegen die allgemeinen Aufwendungen der Bundesrepublik für Forschung und Entwicklung, gemessen am Sozialprodukt, verhältnismäßig niedrig: in den USA sind es etwa 3 %, in der UdSSR 2,3 %, bei uns nur etwa 1,5 %. Nun sind diese Zahlen aus vielerlei Gründen fragwürdig, sie zeigen aber in ungefähr doch, daß »reiche« Länder einen verhältnismäßig größeren Anteil für Forschung aus ihrem volkswirtschaftlichen Potential einsetzen können, als die »ärmeren«, ... obwohl diese eine reich dotierte Forschung an sich viel nötiger hätten. Aber wir müssen gerade in der Bundesrepublik der Tatsache nüchtern ins Auge sehen, daß die Leistungsfähigkeit von Staat und Wirtschaft irgendwo Grenzen hat, die bei der Bildungspolitik genauso beachtet werden müssen wie z. B. in der Sozialpolitik.

Ländervergleich

Man darf auch nicht vergessen, daß 1945 von 25 deutschen Hochschulen 23 zerstört waren. Wir mußten sie zunächst erst wieder aufbauen, so daß wir — grob gesagt — heute da stehen, wo die anderen bereits vor 20 Jahren anfangen konnten. Das ist *auch* ein maßgeblicher Grund für den Entwicklungsrückstand der deutschen Hochschulen, der übrigens in gewissem Umfang auch schon *vor* dem zweiten Weltkrieg bestanden hat. Alles das spielt mit, wenn wir uns heute einem Rückstand gegenübersehen, der sich auf Zahl, Ausrüstung und Kapazität der Hochschulen erstreckt sowie auf ihre innere Struktur und den dadurch bedingten Leistungsgrad.

*Grund für den
Entwicklungsrückstand*

Das alles zu ändern, kostet natürlich Geld. Woher soll es kommen? Während in den USA $\frac{2}{3}$ vom Staat und $\frac{1}{3}$ von der Wirtschaft und Privaten aufgebracht werden, so gibt bei uns fast umgekehrt der Staat nur knapp die Hälfte, und den größeren Teil bringen Wirtschaft und Förderergesellschaften auf. Ob man so weit gehen soll, hierin den Beweis mangelnden Interesses der öffentlichen Hand und nicht vielmehr auch die Folge begrenzter finanzieller Möglichkeiten zu erblicken, lasse ich dahingestellt. Vielleicht wirkt beides mit. Herr Professor Rüegg hat in der Godesberger Rektorenerklärung den »schwarzen Peter« wieder an Staat und Gesellschaft zurückgegeben. Er übt an beiden eine scharfe Kritik wegen ihrer Gleichgültigkeit gegenüber den Problemen der Universität, insbesondere auch weil der Staat nicht genug für die materiellen Bedürfnisse der Hochschulen täte. Jedenfalls kommt in dieser Relation, die wir so ausgeprägt nur noch in Belgien und den Niederlanden finden, die Vielfalt der Kräfte zum Ausdruck, die in der Bundesrepublik an Forschung und Entwicklung beteiligt sind — ein

Finanzierung

Umstand, der einer einheitlichen Wissenschaftspolitik natürlich nicht gerade förderlich ist, andererseits aber auch einer alten deutschen Tradition folgend ungeahnte Quellen der Förderung erschließt, wie wir das in unserer Gießener Hochschulgesellschaft auch zu unserer Aufgabe gemacht haben.

Hochschulreform

Bei dieser Beengtheit der äußeren Probleme gewinnen naturgemäß die inneren, die Probleme der Hochschulreform, des Massenstudiums, um so größere Bedeutung. Die Gießener Hochschulgesellschaft hat ihnen in ihren Jahressbänden seit langem fundierte Beiträge gewidmet. Deshalb hat unsere Gesellschaft ein brennendes Interesse daran, daß die Hochschulreform und alles, was damit zusammenhängt, baldmöglichst Wirklichkeit wird. Erlauben Sie mir aber einen Hinweis. Wir werden bei den Forderungen zur Hochschulreform um so eher zu Lösungen kommen, die den Bedürfnissen von Forschung und Lehre adäquat sind, je mehr wir die Auseinandersetzung mit der Studentenschaft von störenden hochschulfremden Gesichtspunkten befreien und sehr scharf zwischen zwei nebeneinander herlaufenden Bestrebungen unterscheiden:

Demokratie

Einmal gibt es einen Kampf um Forderungen, die zur Organisation, zu den Schwierigkeiten des Massenstudiums, kurz einer echten Verbesserung und Intensivierung des Universitätsbetriebes als einer Einrichtung der Lehre erhoben werden. Diese Auseinandersetzung über die Hochschulreform verquickt sich aber mit ganz anders gearteten Aktionen, die diese Universitätsprobleme nur zum äußeren Anlaß nehmen, um gegen unsere Gesellschaftsordnung zu propagieren. Ein Großteil gerade der spektakulär ins Auge fallenden Aktionen bezweckt in erster Linie gar nicht, den Universitätsbetrieb als Einrichtung der Lehre zu verbessern, sondern es handelt sich hier erklärtermaßen um Aktionen gegen unsere demokratische Gesellschaftsordnung. Wie bei jedem derartigen Kampf werden Krisensituationen, wie sie in den Hochschulen zur Zeit bestehen, nur als willkommenes Mittel benutzt, um den gesellschaftspolitischen Kampf zu intensivieren. Man sollte diese Front, die an Stelle der Demokratie auf der einen Seite und des Kommunismus auf der anderen das uralte, von Mao heute wieder verfochtene dritte Gesellschaftsbild der permanenten Revolution setzen will, die alte Lehre vom »Ende der politischen Reiche«, durchaus nicht leicht nehmen.

Wird doch hier die Demokratie erstmalig im Grundsatz bestritten. Deshalb sollte man auf dem Felde der Hochschulpolitik Forderungen, die sich aus diesen Vorstellungen herleiten, erkennen und fragen, ob sie mit unserer demokratischen Grundauffassung noch vereinbar sind.